

An die ehrenwerten Mitglieder des Deutschen Bundestages,

Seit Jahrzehnten leidet der Sudan unter einer gezielten Politik kultureller und politischer Voreingenommenheit sowie Unterdrückung, betrieben von islamistischen Extremisten in enger Zusammenarbeit mit bestimmten Regierungen in Nordafrika, dem Nahen Osten und anderen einflussreichen islamischen Staaten. Seit den 1970er-Jahren verfolgt diese Agenda das Ziel, eine einheitliche kulturelle und religiöse Identität aufzuzwingen und dabei Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie systematisch zu unterdrücken. Im Jahr 1989 erreichte diese Ideologie ihren Höhepunkt, als islamistische Extremisten durch einen Militärputsch die Macht ergriffen. Das Ergebnis war eine langanhaltende Phase von Bürgerkrieg, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und massenhafter Vertreibung.

Dieser monokulturelle Ansatz isolierte den Sudan nicht nur von der internationalen Gemeinschaft, sondern beraubte sein Volk auch der Möglichkeit, normale und friedliche Beziehungen zu anderen Völkern – einschließlich des deutschen Volkes – aufzubauen.

Wir wenden uns heute erneut an Sie, um mit Nachdruck auf die Schwere der anhaltenden humanitären Krise im Sudan und ihre direkten wie indirekten Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft hinzuweisen.

Seit dem 15. April 2023 ist der Sudan in ein weiteres verheerendes Kapitel der Gewalt gestürzt. Rivalisierende islamistische Generäle – an der Spitze der sudanesischen Streitkräfte einerseits und der Rapid Support Forces andererseits – haben einen katastrophalen Krieg entfacht, unterstützt von regionalen Akteuren, die jede Aussicht auf Frieden oder Demokratie im Sudan blockieren wollen.

Derzeit sind über 30 Millionen Sudaneseinnen und Sudanese dringend auf Hilfe angewiesen. Hunger, bewaffnete Konflikte, Vertreibung und alltägliche Gewalt bedrohen ihr Überleben. Mehr als 12 Millionen Menschen sind innerhalb des Sudan auf der Flucht, Tausende weitere haben Zuflucht in Deutschland gesucht.

Wir richten daher den folgenden dringenden Appell an Sie:

1. Eine einheitliche deutsche Haltung zum Sudan

Uns ist bewusst, dass im Deutschen Bundestag vielfältige politische Positionen vertreten sind. Dennoch sind wir überzeugt, dass der Sudan einigendes Thema sein sollte – eine Frage jenseits parteipolitischer Grenzen. Die Wurzel der sudanesischen Tragödie liegt in gezielten Bemühungen, die Entstehung eines demokratischen Staates zu verhindern, im Dienste geopolitischer Interessen bestimmter Regierungen des Nahen Ostens und islamischer Staaten. Tiefe Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen politischen Führung in dieser Angelegenheit würden das Leiden unseres Volkes nur verlängern.

2. Eine dringende und umfassende humanitäre Reaktion

Wir haben Deutschlands vorbildliche Reaktionen auf Krisen in Europa und im Nahen Osten erlebt. Auch wenn wir die Priorisierung bestimmter Konflikte durch den Staat verstehen, fordern wir mit Nachdruck, Sudan dieselbe Dringlichkeit und Entschlossenheit entgegenzubringen. Das Ausmaß der humanitären Katastrophe erfordert eine robuste, praxisorientierte und koordinierte Reaktion sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Akteure in Deutschland.

3. Vertiefte Zusammenarbeit mit der sudanesischen Opposition und Zivilgesellschaft

Wir fordern einen intensiveren Austausch zwischen deutschen Behörden und den demokratischen Oppositionsbewegungen des Sudan – sowohl innerhalb des Landes Sudan als auch in der Diaspora, v.a. in Deutschland. Mehr Unterstützung für sudanesisches Geflüchtete in Deutschland wird nicht nur deren Integration erleichtern, sondern auch Friedensinitiativen stärken und so die Chancen auf eine demokratische Zukunft im Sudan erhöhen.

4. Erhöhte finanzielle Unterstützung für den Sudan

Wir erkennen die finanziellen Herausforderungen des deutschen Staatshaushalts an und sind dennoch zuversichtlich in die Leistungsfähigkeit und den guten Willen Deutschlands. Deshalb ersuchen wir um eine deutliche Aufstockung der Mittel zur Unterstützung der demokratischen und zivilen Bewegungen im Sudan, für humanitäre Hilfe und für den Wiederaufbau.

5. Konstruktive Partnerschaft mit der sudanesischen Diaspora in Deutschland

Die sudanesische Diaspora in Deutschland ist bislang ein ungenutztes Potenzial bei der Bewältigung der Krise. Ihr Wissen, ihre Netzwerke und ihr Engagement bilden eine wertvolle Brücke zwischen unseren beiden Völkern. Wir fordern eine stärkere Zusammenarbeit auf allen Ebenen – staatlich und zivilgesellschaftlich –, um dieses Potenzial zum beiderseitigen Nutzen von Sudan und Deutschland zu mobilisieren.

Ihre Führung, Ihre Geschlossenheit und Ihr entschlossenes Handeln können Millionen Sudanesischen neue Hoffnung geben und die Bande der Freundschaft und Solidarität zwischen unseren Nationen festigen. Wir appellieren an Ihr Gewissen und an Ihr Bekenntnis zu Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Umbaja e.V. und **GAAKT e.V.** im Namen der sudanesischen Gemeinschaft in Deutschland und der Bevölkerung des Sudan.

“Unsere Aufgabe als Vertreterinnen und Vertreter des sudanesischen Volkes gründet auf einer tiefen humanitären und moralischen Verantwortung und schöpft ihre Kraft aus der unerschütterlichen Gerechtigkeit unseres Anliegens”.

Kontakt:

Umbaja e.V.,

c/o kulturzentrum Pavillon

Lister Meile 4

30161 Hannover

+4917641828994

umbaja@umbaja.org

www.umbaja.org , www.gaakt.org